Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichniß unter Nr. 6378 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich: Max Scharre in Halle. Sprechstunden von 10½ bis 12½ Uhr. [Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Fünfunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
kosten die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf. Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 418. Halle a. d. Saale, Freitag, den 6. September 1901.

Ein Vergleich ohne Sinn.

Einen geradezu komischen Eindruck macht es, daß einzelne russische Blätter ihre Spalten mit denjenigen Geistesblitzen füllen, die von der schutzzöllnerischen Presse Deutschlands zur höheren Ehre des deutschen Zolltarif-Entwurfes entsendet werden sind. Mit rührender Naivetät wird aus deutschen Blättern das Zahlenmaterial abgedruckt, durch das bewiesen werden soll, daß diejenigen Leute in Deutschland, die vor Zollkriegen warnen, Feinde des Vaterlandes seien. Einige russische Zeitungen verfügen über deutsche Korrespondenten, die ihnen mit unnachahmlicher Grazie das schutzzöllnerische Kuckucksei ins Nest legen.

Zu den russischen Blättern, die in dieser Weise dafür sorgen, daß der Humor nicht ausstirbt, hat sich neuerdings auch der „St. Petersburger Herold" geselt. Er übernimmt glatt und gemächlich einen wuthschnaubenden Artikel der „Deutschen Agrarkorrespondenz", in welchem die deutsche Freihandelspresse vom Erdboden vertilgt wird. Die genannte Korrespondenz wird von einem enfant terrible der agrarischen Partei redigirt; Edmund Klopper heißt der Mann, und was er sinnt ist Schrecken, und was er schreibt, ist Blut. Er gehört zu der Klasse der ehrlichen Fanatiker und erhofft sehnsüchtig den Erlaß eines Gesetzes, das ihm erlaubt, die Gegner des Agrarierthums — zu denen er auch die lauen Freunde im eigenen Lager rechnet — hinzurichten. Was dieser Kampfhahn kürzlich ausgeheckt und was die erwähnte russische Zeitung gläubig nachgebetet hat, ist überaus kennzeichnend für die irrthümlichen Grundauffassungen, in denen die Befürworter der deutschen Zollerhöhungen sich bewegen. Wir gehen darum an Hand des „Russisch-Deutschen Boten" kurz auf den Gaktimathias ein.

Eines der wesentlichsten Bedenken, die der deutsche Zolltarifentwurf erweckt, besteht darin, daß er provokatorisch wirkt. Dies Bedenken ist anscheinend unwiderlegbar. O nein, sagt die „Deutsche Agrarkorrespondenz", die Provokation kann nicht wirken, denn sie liegt gar nicht vor; auch wenn Deutschland seine Zölle so erhöht, wie es im Entwurfe vorgesehen ist, bleibt es noch weit hinter den Zöllen zurück, mit denen andere Staaten die Einfuhr belegt haben. Die Besorgniß, daß Deutschland zum Prügeljungen werden könne, ist also lächerlich; Deutschland bleibt nach wie vor der unschuldige Waisenknabe.

Und worauf stützen „Agrarkorrespondenz" und „Herold" diese Entdeckung? Sie vergleichen die im deutschen Tarifentwurf vorgesehenen Zollsätze auf landwirthschaftliche Erzeugnisse mit den entsprechenden Positionen des Zolltarifs der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der deutsche Entwurf schlägt beispielsweise für Schweinespeck eine Zollerhöhung von 20 auf 30 M. pro Doppelcentner vor; Amerika erhebt aber schon jetzt einen Zoll von 46 M.; folglich, so schließt man, darf Amerika sich nicht über jene Zollerhöhung beklagen; es sitzt selber im Glashause.

Das Kunststück, das hier vorgenommen wird, zeugt von einer volkswirthschaftlichen Harmlosigkeit, die ihresgleichen sucht. Ein Säugling begreift es, daß der deutsche Zoll auf Speck etwas ganz anderes ist als der amerikanische. Im Jahre 1900 verkauften die Vereinigten Staaten ca. 70,000 Doppelcentner Schweinespeck nach Deutschland; eine Zollerhöhung von 10 M. pro Doppelcentner bedeutet also eine Belastung von 700,000 M. Deutschland aber verkaufte nach den Vereinigten Staaten kein Loth Schweinespeck; die Höhe des amerikanischen Zolles war also absolut gleichgiltig. Gesetzt den Fall, die Regierung der Vereinigten Staaten verlangte von der deutschen Regierung Zollerleichterungen irgendwelcher Art und verspräche dafür, den eigenen Speckzoll von 46 M. auf Null zu ermäßigen: was würde man in Deutschland sagen? Nichts, man würde — und mit vollem Rechte — ein Hohngelächter anstimmen. Wenn Brasilien einen hohen Kaffeezoll, Rußland einen hohen Getreide- oder Kaviarzoll, Chile einen hohen Salpeterzoll, Italien einen hohen Zoll auf Südfrüchte, Frankreich einen hohen Champagnerzoll einführt, kann Deutschland in diesen Maßnahmen keine Provocation erblicken, da sein Export nach jenen Ländern, in welchem die aufgezählten Waaren nicht vorkommen, unberührt bleibt. Aber umgekehrt wird ein Schuh daraus: belegt Deutschland die genannten Waaren mit hohen Zöllen, so provozirt es die Erzeugungsländer. In diesem Falle gilt der Satz: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe.

Es gehört ein gewisses Geschick dazu, um diese einfache Sache zu verwirren. Ein Industrieblatt fordert andere Staaten zu zollpolitischen Retorsionen heraus, sobald er die Zölle auf Rohstoffe, Lebensmittel ꝛc. erhöht; ein Agrarblatt bredt sich dieselbe Suppe ein, sobald er die Zölle auf Industrie-Erzeugnisse steigert. Dies ist die ganze Weisheit.

Die „D. Agrarkorrespondenz" hat im verstreckten Winkel ihres Herzens das richtige Empfinden, daß weniger die Erhöhung der Industriellen, als vielmehr die Erhöhung der agrarischen Zölle Deutschland in die Gefahren des Zollkrieges verstricken werde. Wenn es ihr um schöne Vergleiche zu thun wäre, thäte sie besser, die industriellen Zölle Deutschlands und Amerikas einander gegenüber zu stellen: sie würde dann finden, daß trotz des deutschen Tarifentwurfes Amerika auf dem Wege des Schutzzolles noch tausend Schritte voraus ist. Warum läßt man sich diesen herrlichen Vergleich entgehen? Weil man instinktiv fühlt, daß Deutschland mit seiner stetig wachsenden Industrie kein Interesse daran hat, daß die eigene Zollmauer erhöht werde, sondern ein Interesse daran, daß die fremde Zollmauer erniedrigt werde. Ein Vergleich der industriellen Zölle Deutschlands und Amerikas, der Sinn hat, regt zu der Erwägung an, wie Amerika im Interesse Deutschlands zu einer Milderung seiner extremen Schutzzollpolitik veranlaßt werden könnte. Daß aber die Erhöhung der deutschen Getreidezölle ein Mittel dazu ist, sieht selbst die „Deutsche Agrarkorrespondenz" ein. Und weil sie es einsieht, läßt sie diesen sinnreichen Vergleich links liegen und stellt die agrarischen Zölle in Parallele, obwohl dieselbe keinen Sinn hat. *

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Dem Ueberbringer der Abbitte des chinesischen Kaisers ist eine unter den obwaltenden Umständen ganz besonders bemerkenswerthe Ehrung zu theil geworden. Wie der „Berl. Lok.-Anz." aus Danzig meldet, hat der Kaiser den Prinzen Tschun zur Theilnahme an den Kaisermanövern eingeladen. Diese Thatsache wird dem Blatte seiner Angabe nach auch von anderer vertrauenswürdiger Seite bestätigt. — Ueberdies verlautet, daß der Aufenthalt des Prinzen Tschun in Deutschland zwei Monate dauern wird.

* Die Rettungsmedaille am Bande haben erhalten der Hauptmann Wilberg vom Feld-Artillerie-Regiment Graf Waldersee (Schleswigsches Nr. 9) und Adjutant des Feldmarschalls, der ihn als persönlicher Adjutant nach China begleitete, sowie der russische Stabskapitän Krickmeyer im Regiment Lyborg (Chef Kaiser Wilhelm II.), der vom Zaren dem Generalstabe des Oberkommandos in Ostasien zugetheilt worden war. Beide Offiziere haben sich z. B. beim Brande des Kaiserpalastes in Peking um die Rettung Waldersee's aus dem brennenden Asthetshause verdient gemacht. Wie berichtet wurde, drang Kapitän Krickmeyer durch das Fenster in das Asthetshaus ein und war dem Grafen beim Ersteigen des hohen Fensterpfeilers behilflich.

Die politische Krisis.

in der sich, wie auch wir schon wiederholt nachgewiesen haben, das deutsche Volk gegenwärtig unzweifelhaft befindet, macht Lujo Brentano, der seine wissenschaftliche Bedeutung als Volkswirthschaftler mit anerkennens- und nachahmenswerthem Eifer in den Dienst der antiagrarischen, d. h. volksfreundlichen Bewegung stellt, in der eben erschienenen Probenummer der neuen Naumann'schen nationalsozialen Wochenschrift „Die Zeit" zum Gegenstande einer Betrachtung, die uns außerordentlich verwandte Saiten anschlägt. Er führt zuerst aus, daß die Krisis über die politische wie soziale Zukunft des deutschen Volkes zu entscheiden haben wird, weilt nach, wie sehr das Verlangen, das Deutsche Reich solle seinen gesammten Bedarf an land- und forstwirthschaftlichen Produkten im Inland erzeugen, unerfüllbar ist, und daß uns nichts anderes übrig bleibt, als Industrieprodukte herzustellen, gegen welche die land- und forstwirthschaftlichen Produkte anderer Länder eingetauscht werden können, um dann darauf aufmerksam zu machen, in wie hohem Maße es im Interesse eines günstigen Ausganges der Krisis liege, wenn das deutsche Bürgerthum und die deutsche Arbeiterklasse sich den Agrariern gegenüber zusammenfänden.

„Es ist wohl das politische Meisterstück unserer alten, herrschaftsgewohnten agrarischen Klassen," so schreibt Brentano, „daß sie durch kluge Ausnutzung gewisser Interessengegensätze zwischen Bürgerthum und Arbeiterklasse es verhindert haben, daß sich die beiden, wie seiner Zeit in England, zum Sturz der Agrarierherrschaft zusammengefunden haben. So lange die beiden noch vereint marschirten, haben die agrarischen Interessenten, indem sie begünstigten, daß es den Arbeitern zum Bewußtsein kam, wo ihre Interessen denen ihrer Arbeitgeber entgegengesetzt waren, es fertig gebracht, dem die öffentliche Meinung damals beherrschenden Bürgerthum die Arbeitergesetzgebung, durch welche allein es stark war, zu entziehen und sie ihm als Feind im Rücken zu erwecken. Und nachdem dies noch mehr als beabsichtigt gelungen war, haben sie den Schrecken, der das Bürgerthum ob diesem Feinde ergriff, klug ausgenützt, um dieses anzutreiben, in der Verbindung mit ihnen selbst die Rettung zu suchen. So ist die famose Sammlungspolitik zustande gekommen, bei der die Agrarier Verlängerung ihrer Herrschaft und Lebensmittelzölle gegen Schutz des furchtsam gewordenen Bürgerthums gegen die Arbeiter eintauschten. Bewilligt ihr uns hohe Agrarzölle, so bewilligen wir euch nicht nur Industriezölle, sondern auch beliebige Zuchthausvorlagen. Und kein Zweifel, daß wir, wenn der jetzt veröffentlichte Zolltarif Gesetz würde, große Steigerungen der Lebensmittelpreise, darauf große Lohnbewegungen, die angesichts der durch den Zolltarif verursachten schlechten industriellen Konjunktur fehlschlagen würden, darauf allerlei Ausschreitungen und alsdann eine neue Zuchthausvorlage erleben würden; und wer weiß, ob dann angesichts der Haltung des Centrums zum Zolltarif nicht auch dieses für die Vorlage zu haben sein und der Centralverband deutscher Industrieller nicht das lang ersehnte Ziel seiner Wünsche erreichen würde. Für das deutsche Bürgerthum aber würde dies nicht nur die dauernde Abdankung, sondern auch die schwere Schädigung seiner wirklichen wirthschaftlichen Interessen bedeuten. . . .

Allein nicht nur das deutsche Bürgerthum befindet sich in einem kritischen Augenblick; nicht minder gilt dies für die deutsche Arbeiterklasse. Dadurch, daß es der Klasse der Großgrundbesitzer gelungen ist, sie von dem Bürgerthum zu trennen, bevor dieses zum maßgebenden Einfluß im Staate gelangt war, sind auch der deutschen Arbeiterklasse verschiedene, für ihr Aufsteigen äußerst werthvolle Rechte vorenthalten geblieben. Sie hat den Fehler, den sie gemacht hat, daß sie sich zu einem politischen Gegensatze hat hinreißen lassen, wo nur wirthschaftlich entgegenstehende Interessen bestanden, wieder gut zu machen. Der Satz von Karl Marx, daß ihr gegenüber alle anderen Gesellschaftsklassen nur eine reaktionäre Masse sind, ist für sie verhängnißvoll geworden: es ist ihm wie manchen Prophezeiungen ergangen, die eintreffen, eben weil man sie ausspricht. Die Zeche haben bis jetzt die Arbeiter bezahlt. Es liegt daher in ihrem eigenen Interesse, daß der Satz nicht Wahrheit bleibe. . . . Soweit die Arbeiterbestrebungen erfolgreich sein können, werden sie es erst dann sein, wenn es den Arbeitern gelingt, die zerrissene Verbindung mit dem Bürgerthum wiederherzustellen. Dazu aber ist unentbehrlich, daß sie sowohl in dem, was sie unmittelbar für sich selbst erstreben, sich innerhalb der Grenzen des Möglichen halten, als auch bereit sind, für die Forderungen einzutreten, die im Interesse der Blüthe und des Fortschreitens des nationalen Staatswesens erhoben werden müssen."

Professor Brentano schließt seinen bemerkenswerthen Artikel mit dem Wunsche, daß Bürgerthum und Arbeiterklasse sich ihrer Verantwortlichkeit bewußt werden und in der gemeinsamen Bekämpfung derjenigen, welche die Interessen des Ganzen und ihre eigenen bedrohen, aufs neue zusammenstehen möchten, um auf Grundlage einer Hingabe an das Vaterland dessen Zukunft sicher zu stellen. Wer von denen, die es in den gegenwärtigen wirthschaftlichen Kämpfen ernst meinen mit dem Wohle des Volkes, vermöchte sich diesem Wunsche wohl nicht anzuschließen? *

Den „Kulturkämpfern" ins Stammbuch.

Wenn man jetzt katholische und protestantische kirchliche Organe zur Hand nimmt, so findet man auf beiden Seiten, allerdings noch wesentlich unter dem Einflusse der Versammlungen des Osnabrücker Katholikentages, eine so kriegerische Stimmung, daß das Wort von dem neuen Kulturkampf in der That nicht unberechtigt erschienen könnte. Wir haben uns an diesem Herüber- und Hinüberschießen nicht betheiligt, da wir, wie die Dinge einmal liegen, eine endgiltige Entscheidung in diesem großen Geisteskampfe in nächster Zeit überhaupt nicht absehen und zwecklosen Zänkereien keinen Geschmack abgewinnen können. Es bereitet uns daher eine Genugthuung, uns in dieser Auffassung mit Peter Rosegger zu begegnen, der in der neuesten Nummer der „Christl. Welt" folgende beherzigenswerthen Worte an die streitenden Konfessionen richtet:

„Man will zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts wieder einmal einen Religionskrieg haben. Dann allerdings haben wir uns um Civilisation und Gesittung umsonst echauffirt und wären besser auf der Bärenhaut liegen geblieben. Es müssen ja freilich auch Kämpfe sein, und ich selbst kämpfe gegen das Schlechte der Kirchen, um das Gute auch der katholischen desto freudiger zu preisen. Sollen denn alle zu aller Zeit kämpfen? Das zu verlangen ist Frevel. Der Grundsatz unserer Kultur ist Frieden. Wenn in einem Staat alles Soldat ist, wer soll das Brot schaffen? Und wenn in der christlichen Kirche alles streitet, wo bleibt da die Liebe? Die Liebe gehört, sonnigen, doch auch zum Christenthum. Da beruft man sich immer auf den Ausspruch: „Nicht den Frieden bringe ich euch, sondern das Schwert!" Das heißt doch: ihr werdet meinetwegen nicht im gesellschaftlichen Frieden leben können, sondern Verfolgung leiden. So deute ich mir jenen Spruch. Solchen, die befürchten, daß der Friedensvermittler zwischen den harten Mühlsteinen der beiden Kirchen zermalmt werden würde, die Ergänzung des Gleichnisses. Nicht die Mühlsteine sind das Nährende, sondern das zermalmte Korn gibt Brot. Die kirchliche Polemik, wie sie heute wieder grassirt, tödtet Glauben und Vertrauen, weckt nur den Haß. Ist denn darum das Christenthum in die Welt gekommen, damit bis ans Ende der Zeiten darin gekämpft werde? Ich denke, es ist vom Himmel gekommen, damit ein Reich sei auf Erden, wo Friede ist."

Das sind wahre und schöne Worte, welche die konfessionellen Kampfhähne nur beherzigen sollten. An Gegensätzen fehlt es ohnehin nicht in den deutschen Landen. *

Politisches.

* Die Kanalvorlage, die infolge der Kämpfe um den Zolltarif während der letzten Wochen aus der öffentlichen Erörterung so ziemlich ausgeschieden war, tritt jetzt anläßlich des in Breslau abgehaltenen deutsch-österreichischen Binnenschiffahrts-Kongresses wieder einmal in den Vordergrund des sonst fast gänzlich von den hochnothwendigen Auseinandersetzungen über die Zollfragen, in Anspruch genommenen allgemeinen Interesses, und man fragt emsig nach dem Zeitpunkt ihrer Wiedereinbringung im preußischen Landtage. Aus einer Ansprache, die in Vertretung des Ministers v. Thielen dieser Tage der Ministerialdirektor Schultz auf dem genannten Kongresse hielt, geht deutlich hervor, daß die Regierung durch das wiederholte Scheitern der Kanalvorlage keineswegs entmuthigt ist. Der Ministerialdirektor sagte, die Regierung hoffe, daß sich in einer näheren Zukunft der Gedanke der Kanalpolitik Bahn brechen werde. Das ist als Zeitbestimmung zwar etwas unklar ausgedrückt und lautet weniger bestimmt, als das bekannte Thielen'sche Wort: Gebaut wird er doch! oder seine einige Zeit nach dem Schluß der letzten Landtagssession bei einem Festessen gemachte Andeutung, daß die Kanalvorlage in der nächsten Session wieder kommen werde, immerhin aber ist es — wiewohl man noch nichts darüber in Erfahrung gebracht hat, ob das Staatsministerium schon formelle Beschlüsse darüber gefaßt hat, gut verbürgt, daß man die Kanalvorlage eben in der nächsten Session wieder einbringen will und — soll. Denn die Versicherung des Ministerialdirektors Schultz, daß „wir" nicht entmuthigt sind, bezieht sich nicht nur auf das Staatsministerium, sondern — wie man in engeren politischen Kreisen weiß — auch auf die Justanz, die bisher mit besonderem Nachdruck für die Kanalpolitik eingetreten ist. Man ist nicht nur nicht entmuthigt, sondern rechnet im Gegentheil mit einer etwas auffälligen Sicherheit damit, daß die Kanalvorlage im nächsten Winter zur Annahme gelangen werde. Man vermag zwar nicht ohne weiteres einzusehen, worauf sich diese Zuversicht gründet, denn die Angelegenheit ist seit dem Sommer 1899 so gründlich verfahren worden, daß es nicht leicht sein wird, im Abgeordnetenhause eine Mehrheit für die Vorlage zu gewinnen. Unwahrlich aber ist das nicht. Die Regierung braucht blos Ernst zu zeigen und den Konservativen darüber keinen Zweifel zu lassen, daß sie eine nochmalige Ablehnung nicht mit früheren Mißverständnissen zweideutigen Experimenten, sondern mit der Auflösung des Abgeordnetenhauses beantworten und bei der Vorbereitung von Neuwahlen wie bei den Wahlen selbst alle ihr verfassungsmäßig zu Gebote stehenden Machtmittel anwenden würde. Dann muß sich ja zeigen, ob der Reichskanzler und Ministerpräsident der Mann ist, eine solche Aktion mit Energie durchzuführen; wobei noch ins Gewicht fällt, daß

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010906020/fragment/page=0001

Milquet, der heimliche Verbündete und Freund der konservativen Kanalfreunde, diesmal nicht mehr mitwirken kann. An der Zeit wäre es doch nun wahrhaftig endlich einmal, der Anmaßung, zu der man die agrar-konservativen Kanalgegner und Gegenfüßler einer gesunden Handelspolitik im Laufe der letzten Jahrzehnte großgezogen hat, die Spitze zu bieten, damit sie, die für die nächste parlamentarische Campagne in der Verfechtung ihrer zolltarifarischen Pläne nicht gestört sein möchten, endlich einmal gewahr werden, daß die Regierung nicht stets und ständig nach den Weisen tanzen will, die sie aufzuspielen geruhen.

* Während die beiden konservativen Fraktionen und ihre Parteipresse bisher noch in keiner Weise bestimmte Forderungen über die Höhe der von ihnen gewünschten Getreidezölle aufgestellt haben — alle bisherigen Resolutionen gingen immer nur von rein landwirthschaftlichen Organisationen aus — stellt die „Kreuzztg." jetzt an das Centrum das Ansinnen, klipp und klar zu den Forderungen der katholischen Bauernvereine Stellung zu nehmen. Das konservative Organ hält den zollpolitischen Ausführungen der Centrumsabgeordneten Pichler und Spahn die Beschlüsse der christlichen Bauernvereine entgegen, „die sich einstimmig für den Satz von 6 M. für die vier Hauptgetreidearten ausgesprochen haben," und erklärt nun verentorisch, das Centrum „werde nicht umhin können, sich in bindender Form darüber zu äußern, inwieweit die Landwirthe auf seine in Aussicht gestellte Unterstützung zu rechnen haben." Das ist doch ein etwas eigenthümliches Verlangen, das die „Kreuzztg." an das Centrum stellt. Mit ungleich größerer Berechtigung könnte umgekehrt gerade an die konservative Fraktion die Forderung gestellt werden, zu den Zollsätzen des Bundes der Landwirthe und seiner Affiliirten unzweideutig Stellung zu nehmen. Davor haben sich die Herren aber bisher wohlweislich gehütet und die „Kreuzztg." hat bisher auch nicht ein Wort des Mißfallens darüber geäußert, daß Herr v. Wangenheim, der nicht nur Vorsitzender des Bundes der Landwirthe, sondern auch Mitglied der konservativen Reichstagsfraktion ist, in dieser Frage bisher sogar eine sehr zweideutige Rolle gespielt hat. Uebrigens ist es auch nicht richtig, daß die sogenannten christlichen Bauernvereine, die sich an das Centrum anlehnen, sich für einen gleichmäßigen Zoll von 6 M. ausgesprochen haben. Der größte dieser Vereine, der Rheinische Bauernverein, hat im Gegentheil Werth darauf gelegt, öffentlich festzustellen, daß er zuerst die Forderung eines Minimalsatzes von 7,50 M. aufgestellt hat und ein Vertreter dieser Richtung hat dem Abg. Spahn gegenüber in der erwähnten Versammlung diese Forderung auch mit Entschiedenheit aufrecht erhalten.

* Zu den im Handelsministerium stattfindenden Besprechungen über Einzelheiten des Zolltarifentwurfs sollen gegebenenfalls auch Vertreter des Handwerks zugezogen werden.

Volkswirthschaftliches.

* Während Deutschland allerlei erhebliche Zollerschwernisse vorbereitet, hat sich Rußland neuerdings — wenn auch spät — zu Erleichterungen des Zollverkehrs, die sich allerdings nur auf die Zollabfertigung und nicht auf die Zollsätze beziehen, entschlossen. Die russische Regierung räumt endlich mit den längst veralteten Bestimmungen des Zollstatuts, die zu Beschwerden über Beschwerden Anlaß geben mußten, ein wenig auf, denn ein soeben publizirtes und bereits in Kraft getretenes Gesetz bringt eine neue Bearbeitung der Regeln für die Entgegennahme der für den Import nach Rußland eingeführten Waaren seitens der Zollämter, sowie für die Zolldurchsicht dieser Waaren, die Erhebung der Zollgebühren und den Modus der Freigabe der Waaren an den inneren Handelsverkehr des Reiches. Die neuen Regeln charakterisiren sich als eine moderne Neugestaltung wesentlich veralteter schwerfälliger Gesetzesbestimmungen, über die der „Russische Verein zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen" urtheilt:

> Als eine der wichtigsten Aenderungen, die das Gesetz einführt, ist die Bestimmung anzuführen, daß an den Zollstrafen und an den Accidentien nicht mehr wie bisher auch die abfertigenden Zollbeamten partizipiren, sondern daß diese Gelder ausschließlich in die Regierungskasse fließen. Die abfertigenden Beamten haben somit kein Interesse mehr daran, ob Strafen entstehen oder nicht, da sie persönlich davon weder einen Vortheil noch einen Nachtheil haben. Es ist damit die Gewähr geleistet, daß die Beamten unparteiisch an eine Besichtigung herangehen, und nicht durch die etwa zu erwartenden Prämien versuchen, Strafen durch unrichtige Vereinigungen herbeizuführen.

Als einen sehr wichtigen Fortschritt sieht man ferner die für die Zukunft gebotene Möglichkeit an, die Zolldurchsicht der Importwaaren direkt auf Grund der ausländischen Fakturen und Spezifikationen vornehmen lassen zu können. In diesen Dokumenten kann die Waare nach ihrem gebräuchlichen Handelsnamen und nach den am Orte der Abfertigung geltenden Gewichtseinheiten angegeben sein, und Privatpersonen sowohl als die kaufmännische Geschäftswelt sind von der Nothwendigkeit befreit, die Waare nach den entsprechenden Bezeichnungen des russischen Zolltarifes zu benennen. So selbstverständlich uns diese Maßnahmen auch erscheinen mögen, für Rußland bedeuten sie einen beträchtlichen Fortschritt zum Besseren und liefern zugleich einen Beweis dafür, wie man dort bemüht ist, den Bedürfnissen des Weltverkehrs nach Kräften gerecht zu werden zu einer Zeit, in der das offizielle Deutschland aus Unkenntniß oder Schwäche im Begriffe steht, große Erschwernisse des Verkehrs, Welthandels und der Volkswirthschaft herbeizuführen.

* Die deutsche Waarenausfuhr nach Italien beliefert sich nach einem Berichte des deutschen Konsulats zu Neapel im Jahre 1890 auf 140,2 Millionen Lire, 1895 auf 144,4 Millionen, 1900 auf 193,9 Millionen; die deutsche Einfuhr aus Italien dagegen im Jahre 1890 auf 118,5 Millionen, 1895 auf 170,1 Millionen, 1900 auf 236,1 Millionen. Innerhalb des Zeitraumes von 10 Jahren hat sich also die deutsche Waarenausfuhr nach Italien um 53,7 Millionen Lire oder um 38 Prozent gehoben, die italienische Einfuhr nach Deutschland dagegen um 117,6 Millionen Lire oder 100 Prozent. Für die Ausfuhr nach Italien kommen hauptsächlich in Betracht: Wollwaaren, Seidenwaaren, Papierwaaren, Leder- und Metallwaaren; für die Einfuhr aus Italien: Wein, Hanf und Jute, Woll-, Seiden- und Metallwaaren, Schwefel, Asphalt, Kurzwaaren, Vegetabilien und thierische Erzeugnisse. Zu bemerken ist dabei, daß die aus Deutschland nach Italien ausgeführten Waaren bei weitem überwiegend Fertigfabrikate, die aus Italien nach Deutschland eingeführten dagegen zumeist landwirthschaftliche Rohprodukte und Halbfabrikate darstellen.

* Die „Soziale Praxis" beschäftigt sich in einem lesenswerthen Artikel mit der unlängst erwähnten Mittheilung, daß die industrielle Thätigkeit in den Zuchthäusern, durch welche den freien Arbeitern eine sehr schwere Konkurrenz bereitet wird, nach Möglichkeit eingeschränkt werden soll. Forderungen in dieser Richtung werden schon seit gut einem Jahrzehnt erhoben, und es ist auch anzuerkennen, daß die preußische Regierung sich nach und nach bemüht, diesen Forderungen entgegenzukommen. Zwei Grenzen, und zwar sowohl nach der materiellen wie nach der sittlichen Seite, giebt es allerdings für das völlige Aufhören der Zuchthausarbeit für private Unternehmungen. Aus materiellen Gründen kann die Thätigkeit für private Fabrikanten nur nach der Maßgabe eingeschränkt werden, daß dafür Ersatz durch die Beschäftigung der Sträflinge mit Arbeiten für den Staat geschaffen wird. Die Strafvollstreckung kostet dem Staat ein schweres Geld, und es ist nur billig, daß wenigstens ein Theil der großen Ausgaben durch die Arbeit der Sträflinge wieder hereingebracht wird. Schon das materielle Interesse allo verbietet, die Sträflinge müßig gehen zu lassen. Der Staat muß also darauf sehen, daß der Sträfling durch seine Arbeit für Staatszwecke mindestens so viel an Werthen erzeugt, daß der Betrag, den der private Unternehmer bisher für die Tagesarbeit des Sträflings bezahlt hat, ausgeglichen wird. Es heißt also, ein Pferd vor und eins hinter den Wagen spannen, wenn, wie es vielfach geschieht, verlangt wird, daß die Sträflinge weder für private Zwecke noch auch für staatliche Zwecke — wie beispielsweise Herstellung von Bekleidungsgegenständen für die Armee — beschäftigt werden sollen. Die Erfüllung einer derartigen Forderung würde aber nicht nur einen materiellen Nachtheil zur Folge haben, sondern auch in sittlicher Hinsicht schweren Schaden stiften. Denn wenn der Sträfling weder für private Unternehmer noch für staatliche Zwecke thätig sein soll, so wird er entweder müßig gehen — was man gewiß nicht wollen wird — oder er muß, wie es in England der Fall ist, völlig unproduktive Arbeit leisten, beispielsweise ein schweres Gewicht fortwährend bis zu einer bestimmten Höhe heben und dann wieder fallen lassen. Eine derartige Arbeit aber entsittlicht geradezu, weil sie jedes Gefühl der Freude an dem Gelesteten ausschließt. Wer 5 oder 10 Jahre gezwungen worden ist, eine solche völlig zwecklose Thätigkeit auszuüben, ist, wenn er aus der Strafanstalt entlassen wird, zu jeder ernsten Arbeit ein für allemal unbrauchbar. Man sieht also, daß Gründe genug vorhanden sind, um bei der Aufhebung der privaten Arbeit in den Zuchthäusern nicht nach theoretischen Grundsätzen, sondern nach Maßgabe der praktischen Möglichkeit Schritt für Schritt vorzugehen.

Verwaltung und Rechtspflege.

* Im preußischen Staatshaushaltsetat dürfte, dem Vernehmen der „Berl. Pol. Nachr." nach, demnächst auch eine Vermehrung des Bureaupersonals der Landrathsämter vorgesehen werden. Die Nothwendigkeit dieser Maßnahme ist bereits seit längerer Zeit von Regierung wie Parlament anerkannt worden.

* Zu der Meldung, der Minister der öffentlichen Arbeiten habe die ihm unterstellten Kassen anweisen lassen, künftighin Reichsbanknoten usw. bei den Zahlungen zu verwenden, soweit der Empfänger nicht ausdrücklich die Zahlung in Gold verlange, wird jetzt versichert, daß von einer allgemeinen Anweisung dieser Art in den Kreisen der verantwortlichen Reichsregierung nichts bekannt ist.

Sozialpolitisches.

* Deutsche Fabrikanten suchen nach mehrfachen Mittheilungen russischer Blätter in Petersburg und auch anderswo in Rußland Arbeiter anzuwerben, und zwar in verhältnißmäßig großen Partien, so daß man nicht mehr von vereinzelten Einstellungen russischer Arbeiter sprechen könnte. Neuerdings weiß nun die „Nowoje Wremja" aus angeblich „kompetenter Quelle" mitzutheilen, daß zur Zeit in Petersburg in erster Linie Arbeiter für deutsche Glasfabriken angeworben werden. Eine neu angelegte deutsche Glasfabrik brauche allein gegen 3500 Arbeiter, die sämmtlich in Rußland engagirt werden sollen. Es erklärt sich das daraus, daß die russischen Arbeiter in Bezug auf die wesentlichsten Punkte des Arbeitsvertrages bedeutend anspruchsloser sein sollen, als ihre deutschen Kollegen und insbesondere gegenüber den Berufskrankheiten der Glasfabrikation viel gleichgültiger seien als jene. Andererseits dürften die russischen Arbeiter, selbst wenn sie weniger als den sonst in Deutschland üblichen Lohn erhalten, immer noch besser bezahlt werden, als dies in Rußland der Fall sein würde. Von ihrem Standpunkt sei es daher wohl begreiflich, daß sie sich gern nach Deutschland anwerben lassen. — Sollten sich diese Mittheilungen der russischen Blätter bewahrheiten, so würde die Erscheinung wohl hüben wie drüben die Beachtung der Sozialpolitiker verdienen. Die „Now. Wr." verlangt denn auch bereits, daß die Werbeagenten nicht ohne behördliche Erlaubniß zur Thätigkeit zugelassen und die von ihnen mit russischen Arbeitern abgeschlossenen Verträge behördlich visirt werden sollen.

Heer und Flotte.

* Bei der Einstellung brandenburgischer Reservisten anläßlich des Kaisermanövers haben sich die Bezirkskommandos zum argen Verdrusse und Schaden von etwa 200 Reservisten verzählt. Sie hatten zur Formirung der dritten Bataillone bei den vier neuen Reglimentern und zur Komplettirung der übrigen Bataillone auf den Etat Reservisten des 3. Armeecorps zu einer 35tägigen Uebung einzuziehen. Bei der Formirung machte man aber die Entdeckung, daß gegen 200 Reservisten zu viel einberufen waren und wieder in die Heimath entlassen werden mußten. Diese Leute erleiden dadurch erhebliche Verluste, verschiedene hatten sogar wegen der Uebung ihre Stellung aufgeben müssen, die inzwischen anderweit besetzt worden ist. Auf Anfrage einiger dieser Leute wurde ihnen zum Bescheide, daß die Militärbehörde für die Tage, die sie wegen der Beorderung ihrem Beruf und somit ihrem Verdienst entzogen waren, außer der Gewährung der üblichen Löhnung von 22 Pfennig täglich und der Marschgebührnisse keine besondere Entschädigung leisten könne. — Wenn die zuständige Militärverwaltung zur Zeit keine Mittel hat, eine Entschädigung zu gewähren, so ist nicht ausgeschlossen, daß ihr diese Mittel zugestellt werden, sofern die Geschädigten ihre Entschädigungsansprüche im geordneten Verfahren anhängig machen. Man sollte meinen, daß der Reichstag eine Rechtspflicht der Militärbehörde für derartige Entschädigungen anerkennen müßte.

* Das Dresdner Militärgericht verurtheilte den Leutnant Kannegießer vom Infanterie-Regiment Nr. 103 in Bautzen wegen Mißhandlung Untergebener zu 7 Wochen Festung. Der Leutnant schlug beim Nachexerziren einen Soldaten mit dem gezogenen Säbel über den Helm, wodurch blutende Verletzungen entstanden; einem anderen Soldaten, der bei der Anschlagstellung das rechte Bein zu weit hinten hatte, schlug er derart mit der Säbelscheide daran, daß der Mißhandelte auf kurze Zeit das Laufen aufsuchen mußte. Auch soll der Leutnant geäußert haben, „er habe den Säbel nicht umsonst; auf eine Leiche komme es ihm nicht an."

* Nach Mittheilung des Kriegsministeriums über die Fahrt der Truppentransportschiffe ist der Dampfer „Batavia" am 4. Sept. in Suez angekommen.

* S. M. SS. „Irene" und „Gefion" sehen heute von Malta die Reise nach Cadix fort. S. M. S. „Moltke" geht am 9. September von Santander nach Madeira in See.

Koloniales.

* Im Kilimandscharo-Gebiet ist noch immer keine Ruhe eingekehrt, so daß es an sich nicht wunder nehmen kann, wenn wieder einmal unangenehme Nachrichten dorther kommen. So liegt jetzt ein Bericht zweier Missionäre vor, der die Kunde bringt, daß nach der Ansicht des Stationschefs von Moschi, Oberleutnants Merker, ein allgemeiner Aufstand der Eingeborenen von Kilimandscharo und der Massai droht. Es heißt darin u. a.:

„Am 3. Juni d. Js. ließ der stellvertretende Bezirkshauptmann, Oberleutnant Merker, von der Militärstation Moschi aus die benachbarten Missionsstationen unter Hinweis auf religiöse, moralische und politische Gründe in den schärfsten Ausdrücken warnen bezw. ihnen ihre Pflicht vorhalten, sich sofort zu verschanzen. Obgleich die Missionäre noch nicht an die Größe der Gefahr glaubten, wurden sie doch pünktlich von der Meldung überrascht, daß die ihnen befreundeten Häuptlinge Schangalli von Shanga und Sinare von Schira in der Boma (Festung) von Moschi als Gefangene zurückbehalten worden seien, weil sie beschuldigt wurden, mit dem bedeutendsten Massaihäuptling Long'ana eine Verrätherei gegen die Europäer zu planen. Zugleich war an die Eingeborenen der Befehl ergangen, sämmtliche Schußwaffen auf der Boma abzuliefern. Durch diese Vorgänge wurden die wegen der übermäßigen Frohndienste an sich schon beunruhigten Eingeborenen noch erregter, so daß die Missionäre am nächsten Morgen sich sofort zu Leutnant Merker begaben, um Aufschluß über die politische Lage zu erhalten. Dort wurde gesagt, daß Gerüchte sich so weit verdichtet hätten, daß ein allgemeiner Aufstand der Eingeborenen am Kilimandscharo in Verbindung mit den Massai bevorstehe. Falls die Eingeborenen ihre Verschwörung verrathen glaubten, würden sie zum Ueberfall der einzelnen Missionsstationen und zum Mordschwert schreiten. Schangalli hat sich bisher stets deutsch-freundlich erwiesen und im August vorigen Jahres sogar einen leiner Blutsverwandten, den Häuptling Ringla, der seiner Zeit einen Waarenschu-Einfall angestellt, gefangen und an Hauptmann Johannes ausgeliefert. Er ist einer der pünktlichsten Steuerzahler. Er wurde auf Drängen des Missionärs freigegeben, nachdem seine Leute bis zum 6. Juni 415 Flinten abgeliefert hatten. Ein weiterer Grund zu den Beschränkungen dürfte darin liegen, daß ausgeschickte Späher nach der von Oberleutnant Graf Fingger am Meritberg angelegten Militärstation mit der Meldung zurückkehrten, die räuberischen Waarusch haben ihre am Meru gelegenen Dörfer plötzlich vollständig verlassen und sich auf dem Kriegspfad begeben."

Das sieht allerdings ernster aus als so manche afrikanische Neuigkeiten der letzten Jahre; unsere Kolonialpolitik ist und bleibt eben ein Schmerzenskind, als das man sie schon vor Jahrzehnten bezeichnet hat.

XXI. Deutscher Protestantentag.

Kaiserslautern, 5. September.

Heute wurden hier die Verhandlungen des 21. Deutschen Protestantentags geschlossen, der drei Tage lang getagt hat. Aus den umfangreichen Verhandlungen des ca. 30,000 Mitglieder zählenden kirchlich-liberalen Vereins seien nachstehend die die Allgemeinheit interessirenden Momente herausgehoben.

Am ersten Verhandlungstage gab Dr. Krüß-Hamburg einen Ueberblick über die Entwicklung des kirchlichen Lebens in den letzten 40 Jahren, wo der protestantische Gedanke zuerst von dem nationalen Gedanken mitgetragen wurde. Damals, als das Volk noch für Ideale zu begeistern war, hoffte man, durch Hebung des Gemeindelebens jeden einzelnen religiös lebendig zu machen. In den letzten Jahrzehnten, in welchen es auf politischem Gebiete keinen hohen Flug mehr gegeben hat, sondern nur eine öde Interessenpolitik zwischen Landwirthschaft und Industrie, ist auch das Verständniß für religiöses Leben verloren gegangen und die kirchliche Sitte nur als Gewohnheit bestehen geblieben. Man läßt sich alles gefallen, wie am besten der Fall Weingart zeigt. Der Verein will religiöses Leben wieder wecken helfen. Er ist zwar nur klein, aber er ist fest und entschlossen in der Verfolgung seiner Ziele, so daß man mit ihm rechnen muß, und da er in seinen Reihen geistig bedeutende Männer hat, so kann er mit Hoffnungen ins 20. Jahrhundert eintreten. Dazu berechtigt ferner der Umstand, daß kirchlich-liberale Vereine in größerer Zahl entstanden sind, die, ohne zum Protestantenverein zu gehören, bestrebt sind, religiöse Gedanken ins Volk zu tragen. Ueberall glauben wir in Deutschland ein Wachsen des religiösen Zuges zu bemerken, und da hoffen wir, daß der Sieg nicht der Formel des 16. Jahrhunderts, sondern dem Glauben an die Liebe Gottes gehören wird. (Beifall.)

Seminardirektor Andreae-Kaiserslautern begrüßte den Verein im Namen des pfälzischen Hauptvereins. Der Protestantismus leide an der Theologie, wovon nur die Erziehung der Theologen und der Jugend befreien kann.

Der Verein nahm im weiteren Verlauf der Verhandlungen folgende Resolutionen an:

„Der Deutsche Protestantenverein erklärt in Beziehung auf die Verhandlungen des Osnabrücker Katholikentages: daß diese Verhandlungen im Gegensatz zu dem Versprechen, dem Frieden und der Liebe dienen zu wollen, vielmehr dazu angethan sind, die konfessionellen Gegensätze zu verschärfen, daß in der Verhöhnung Martin Luther's und namhafter deutscher Männer — Bismarck eingeschlossen — der ultramontane Charakter der Führer des Katholikentages offen zu Tage tritt, daß die Verscherung des Ultramontanismus, die Stütze der Ordnung und des Thrones zu sein, im Widerspruch steht mit der Geschichte und dem immer wiederholten Antrage, der die Rückberufung der Jesuiten fordert. Er würde es lebhaft bedauern, wenn der in der Osnabrücker Versammlung gespendete Beifall als Ausdruck der Zustimmung aller unserer katholischen Volksgenossen gedeutet werden müßte, und ist überzeugt, daß diese in ihrer Mehrheit trotz aller Hetzereien mit dem protestantischen Volke in Frieden leben wollen."

„Der Deutsche Protestantentag in Kaiserslautern in Erwägung, daß Herz und Gewissen aller, welche den christlichen Namen bekennen, durch den immer noch fortwährenden südafrikanischen Krieg, zumal in der drohenden extremen Verschärfung seiner Grausamkeiten, schwer heimgesucht sind, in Erwägung ferner, daß die beiden streitenden Volksstämme von jeher durch ruhmreiche Vertretung des gleichen protestantischen Glaubens verbunden waren, welcher auch unser Glaube ist, in Erwägung endlich, daß die englische Nation, die bahnbrechende Führerin unter den Missionsvölkern, das Volk des Wilberforce und Livingstone, für die Ehre des Christennamens in fernsten Ländern je und je Großes gethan hat, jetzt aber daran ist, diese Verdienste, nach der allgemeinen Schätzung der christlichen Völker der Erde, in ihr Gegentheil zu verwandeln, spricht den muthigen Zeugen der Gerechtigkeit und Humanität, Geistlichen und Laien, welche in England selbst dem Kriegsfanatismus entgegentreten, ihre tiefsten Sympathien aus und bittet sie, für ihre Friedensforderungen im Namen christlicher Menschlichkeit auch ferner mit unermüdlichem Eifer einzutreten."

Den Mittelpunkt der Verhandlungen des 2. Tages bildete der Vortrag des Professors der Philosophie Ziegler-Straßburg über die Frage: „Welche Anforderungen stellt das moderne Leben an die Ausrüstung des Geistlichen?" Wenn die Bekämpfung alles unprotestantischen, hierarchischen Wesens innerhalb der Landeskirchen und die Erneuerung der Kirche im Einklang mit der gesammten Kulturentwicklung Ziel des Protestantenvereins ist, so folgt daraus die Forderung, daß die Geistlichen keine Hierarchen, sondern moderne, mit allem Besten der modernen Bildung erfüllte und sich erfüllende Menschen sein müssen. Was der moderne Mensch als erstes von der Ausrüstung der Geistlichen verlangt, ist die Erziehung zur Wahrhaftigkeit, und dazu dient die Beschäftigung mit der Wissenschaft. Sie erfordert den aufgeschlossenen Sinn für die Anschauungen anderer, dem die geistige Unfreiheit entgegensteht, nach welcher der einzelne und oft ganze Verbindungen als Vorurtheil gegen die Rechtgläubigkeit eines Professors dessen Vorlesungen meiden. Auf diese

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010906020/fragment/page=0002

Weise wird die Unfähigkeit, Andersgesinnte zu verstehen, und zugleich auch die Intoleranz gezüchtet, der wir die Forderung der Gerechtigkeit und Toleranz entgegenstellen. Wir wollen keine Streitkirche, keine Hetzkapläne, sondern duldsame, geistesfreiheitliche Seelsorger. Auch dazu muß der Mensch erzogen werden, bildete Gesellschaft. Auch dazu muß der Mensch erzogen werden, er ist es nicht von Natur aus. In dem Verschließen gegen Gedanken anderer zeigt sich auch ein bedauerlicher Mangel an Muth, und doch ist der Muth im Gegensatz zu aller Menschenfurcht das zweite Erforderniß jener Wahrhaftigkeit, zu der die Gesellschaft durch das wissenschaftliche Studium erzogen werden sollen. In wissenschaftlicher Arbeit soll rücksichtslos die Wahrheit gefunden werden, weshalb die Professoren auf die Wahrung der Lehrfreiheit bedacht sind. Weil die Theologie durch die Universität der Gesammtheit der Wissenschaften eingefügt ist, so verlangen wir, daß der Theologie Studirende über sein Studium in andere Gebiete hinausgreife, um damit Respekt vor den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung zu gewinnen. Nicht ein Bekenntniß zu einer Hypothese wird gefordert, sondern daß der Theologe in Gott einen Gott der Ordnung, nicht einen Zaubergeist der Willkür sehe, und somit jedes wunderbare Durchbrechen der Naturordnung als ein auf modernem Boden Undenkbares entschlossen ablehne. Nach Harnack's „Wesen des Christenthums" reduzirt sich freilich das Studium der Theologie im wesentlichen auf ein Wissen und Kennenlernen historischer Thatsachen. So viel wir auch in der Theologie der Geschichte verdanken, so sehr muß gegen diese einseitige Auffassung Einspruch erhoben werden. Ja, der bloße Historismus ohne Philosophie birgt einen der Hauptschäden unserer Zeit, da er zum Respekt vor allem Bestehenden und Traditionellen erzieht, und er es uns vergessen läßt, daß im Fortschreiten allein das Heil ist. Darum fordern wir von den Geistlichen eine gründliche philosophische Schulung. Daneben giebt es für den Geistlichen, eben weil er Diener seiner Gemeinde ist, eine soziale, oder besser ausgedrückt, altruistische Pflicht. Diese genau zu bestimmen, ist nicht ganz leicht, wie am besten der preußische Oberkirchenrath beweist, der erst soziale Arbeit von den Pastoren fordert und dann davor warnt. Nachdem der Redner sich dann noch gegen die geschraubte Kanzel- und Kirchensprache gewandt hatte und sehr warm für die ästhetische Ausrüstung der Geistlichen eingetreten war, um in den Gemeinden einen künstlerischen Sinn für Bauten, Musik, bildende Kunst und Natur zu wecken und zu pflegen, faßte er seine Ausführungen dahin zusammen, daß der Geistliche nichts Besonderes, sondern nur ein modern gebildeter Mensch sein solle. Was sonst noch von ihm zu fordern sei, sei ein besonderes Verhältniß zur Religion nicht im Sinne einer spezifisch geistlichen Heiligkeit oder kirchlich patentirten Frömmigkeit, sondern daß er die Frömmigkeit als wirkliches Privateigenthum besitze, daß er ein religiös fühlender, ein frommer Mensch sei. Daß es der deutschen protestantischen Kirche an solchen Geistlichen nicht fehle, die im Sinne Schleiermacher's fromm und gebildet, religiös fühlend und freidenkend sind, das sei der Wunsch am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts. (Lauter, langanhaltender Beifall mit Händeklatschen.)

Mit den üblichen Dankesworten wurde nach weiteren Vorträgen, auf die einzugehen wir uns ersparen können, der 21. Deutsche Protestantentag geschlossen.

Ausland.

Vom türkisch-französischen Konflikt.

Die Türkei hat den Zaren um Vermittlung in Sachen des türkisch-französischen Konfliktes gebeten. Es ist noch unentschieden, ob Rußland dem Wunsche des Sultans nachkommen wird; es heißt, man werde ablehnen.

Wie den Zaren, so soll der Sultan auch den deutschen Kaiser um Vermittlung im französisch-türkischen Konflikt angerufen haben. Er habe indeß auch hier einen Korb bekommen. In Paris machte die Nachricht einen ausgezeichneten Eindruck. Man führt dort übrigens auch die Einladung Tewfik Paschas an Herrn Pavst zu einem Privatbesuch auf die Thatsache zurück, daß die Pforte erkenne, sie habe auf fremde Vermittlung nicht zu rechnen und müsse deshalb nunmehr selbst eine Lösung des Konfliktes anbahnen.

Die Abreise des türkischen Botschafters Munir Bey aus Paris war keine freiwillige; er wurde vielmehr von Delcassé aufgefordert, Frankreich ohne Verzug zu verlassen. Der Grund hierfür scheinen hauptsächlich die tendenziösen und erlogenen Berichte über seine angeblichen Verhandlungen mit Delcassé und Constans gewesen zu sein.

Munir-Bei soll nach Konstantinopel abgereist sein — als vorsichtiger Mann; ohne seine Lieferanten und Dienerschaft zu bezahlen. Die französische Regierung ist nach offiziösen Andeutungen entschlossen, sämmtliche türkische Geheimpolizisten auszuweisen, welche von Munir-Bey zur Ueberwachung der Jungtürken unterhalten worden waren. — Damit thäte sie ein verdienstliches Werk; denn das Treiben der zahlreichen türkischen Geheimagenten, für deren Unterhalt der sonst so kranke Mann merkwürdigerweise Geld hat, war nachgerade ein Skandal geworden.

Oesterreich-Ungarn.

Der Ministerpräsident v. Szell erklärte mit Bezug auf das von einigen Abgeordneten der Regierungspartei angekündigte Agrarprogramm, er halte es nicht für richtig, wenn Wahlkandidaten auf Grund des Agrarprogramms aufgestellt werden. Er sei weder Agrarier noch Vertreter des Handelsstandes, sein Programm berufe auf gleichmäßiger Pflege der landwirthschaftlichen und der industriellen Interessen und ferner in der Abwehr jeder engherzigen und ausschließlichen Vertretung einzelner wirthschaftlicher Gruppen oder Berufsstände.

Südamerika.

Von dem Schauplatz der centralamerikanischen Wirren geht dem „Berl. Tgbl." aus Colon folgende bemerkenswerthe Nachricht zu: Der deutsche Konsul in Bocas del Toro hat durch einen Donnerstag hier eingetroffenen Dampfer um Entsendung des zur Zeit hier liegenden amerikanischen Kanonenbootes „Machias" nach Bocas del Toros ersucht, da dort ein Gefecht jeden Augenblick zu erwarten stehe. Die Regierungstruppen seien auf dem Vormarsch gegen die Aufständischen. Dem Wunsche des Konsuls konnte aber nicht stattgegeben werden, weil die Anwesenheit des „Machias" in Colon zur Zeit nöthiger ist.

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer zu Halle.

Halle, 5. Sept.

Wegen Betrugs im wiederholten Rückfalle angeklagt war der aus Strafhaft vorgeführte frühere Schreiber, Techniker und Agent Franz Robert Emil Wulfert, der sich vor vier Jahren hier als angeblicher „Reserveoffizier, Ingenieur und Premierleutnant" aufgespielt hatte, bis er im Januar 1898 als Schwindler entlarvt und wegen mehrfachen Betrugs zur Verantwortung gezogen wurde. Dann erfolgte im April 1898 vor der hies. Strafkammer seine Verurtheilung wegen mehrfachen Betrugs im wiederholten Rückfalle zu 2 Jahren, 6 Monaten Zuchthaus und Nebenstrafen, nachdem zur Sprache gekommen, daß der Angeklagte bereits wegen Urkundenfälschung und Betrugs vorbestraft war mit einem Monat Gefängniß, 1 Jahr 3 Monaten Gefängniß, 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus und 1 Jahr Gefängniß. Die letzte Strafe: 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, hatte Wulfert bis zum 5. Dezember 1900 verbüßt, worauf er im Juni d. J. hier wiederum wegen Rückfallbetruges zu einem Jahr Zuchthaus verurtheilt wurde. Diese Strafe verbüßt der Angeklagte jetzt in der Strafanstalt zu Luckau und von dort war er zum jetzigen Verhandlungstermin hergebracht worden. Er stammt aus Schmiedeberg (Kreis Wittenberg), ist 32 Jahre alt und in Halle durch vielfache Schwindeleien bekannt geworden, besonders auch durch einen Heirathsschwindel, bei dem er sich vor vier Jahren gegenüber einem jungen Mädchen einer angesehenen Familie fälschlich als „Ingenieur und Premierleutnant" ausgab, und eine Verlobung einging, bis er dann plötzlich als Schwindler entlarvt wurde. Ein Bruder von ihm ist Brauereidirektor, ein anderer Eisenbahnbetriebssekretär und seine einzige Schwester ist an einen Brauereibesitzer verheirathet. Wie seine Mutter sagte, sei es ihr unbegreiflich, daß dieser, ihr Sohn, so aus der Art geschlagen. Sie habe schon viele seiner Schulden bezahlt und ihn nach Möglichkeit aus Verlegenheiten geholfen; aber er sei immer wieder in seinen Fehler verfallen. Zur Last gelegt wurde ihm, vom September 1900 bis April 1901 in halle einige Betrügereien und in Schafstädt zwei Betrugsversuche verübt zu haben. Der Angeklagte hatte wieder Bekanntschaft mit einem jungen Mädchen angeknüpft und unter falschen Angaben über seine Verhältnisse 10 M. und 5 M. erschwindelt, dann bei einem Goldarbeiter einen Verlobungsring zum Preise von 33 M. bestellt, einstweilen einen unechten Ring für eine Mark entnommen und den echten Ring nicht abgeholt. Wulfert hatte dann daneben ein anderes Verhältniß angeknüpft mit einem jungen Mädchen in Schafstädt und von deren Mutter ein Darlehn von 200 M. zu erlangen gesucht, ferner 30 M. von der Schwester seiner neuen Braut. Beide male war er abgewiesen. Der Angeklagte versuchte, mit allerhand Ausreden durchzukommen, was ihm aber nicht gelang. Er wurde zu 9 Monaten Zuchthaus-Zusatzstrafe verurtheilt und dann zurücktransportirt. Am meisten geschädigt ist durch den elenden Schwindler seine erste Braut, eine Näherin, mit der er sich zum Schein verlobt hatte; denn das Verhältniß ist nicht ohne Folgen geblieben.

Um einen Vorgang aus dem hiesigen Maurer- und Bauarbeiterstreik handelte es sich in der Sache des Maurers Otto Leetich hier, versuchte Nöthigung, Vergehen gegen § 153 der Gew.-Ordn., vorsätzliche Mißhandlung, Beleidigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt betreffend. Der Angeklagte ist 27 Jahre alt, aus Gleichenstein gebürtig, wegen Gewaltthätigkeitsvergehen vorbestraft. Die Anklage wirft ihm vor, er habe am 30. April d. J. in der Seebenerstraße den am Bau des Zoologischen Gartens beschäftigten Arbeiter Friedrich Banse durch Drohungen zum Niederlegen der Arbeit genöthigt, ihn mißhandelt und den herbeigekommenen Polizeisergeant Holdus durch eine höchst unanständige Redensart beleidigt, sowie bei seiner Abführung dem Beamten gewaltsamen Widerstand geleistet. Dies alles stellte der Angeklagte in Abrede; er habe dem Arbeiter Banse nur Vorhaltungen gemacht, ihn aber nicht bedroht und auch nicht mißhandelt. Die Beleidigung aber, so behauptete er, habe gar nicht dem Beamten gegolten, weshalb er die Sistirung für nicht gerechtfertigt gehalten habe. Die Beweisaufnahme fiel jedoch zu Ungunsten des Angeklagten aus, wonach er ein vollen Umfange der Anklage schuldig befunden wurde. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat und eine Woche Gefängniß; der Gerichtshof urtheilte strenger und erkannte auf zwei Monate Gefängniß.

Ein in der Nacht zum 25. Juli d. J. im Wartesaale der 3. und 4. Klasse auf hiesigem Bahnhofe geschehener Diebstahl bildete den Gegenstand der Anklage gegen den aus Untersuchungshaft vorgeführten Dienstknecht Otto Feder. Er ist aus dem Kreise Stargard gebürtig, 23 Jahre alt, bisher unbestraft. Gestohlen war damals dem aus Stettin hier angekommenen Mechaniker Karl Steinbach, der nach seiner Heimath Allstedt wollte, ein wohlgefüllter Reisekoffer nebst zwei ebensfalls mit Reise-Effekten gefüllte Packete und ein Ueberzieher, als er sich nur auf kurze Zeit aus dem Saale entfernt hatte. Der Bestohlene erlitt einen Schaden von etwas über 200 M. Der Angeklagte war damals von Berlin aus mit Steinbach hier angekommen und hatte sich unterwegs mit diesem bekannt gemacht. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß wurde der Angeklagte mit Rücksicht auf sein Leugnen und die Erheblichkeit des verursachten Schadens zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Vom Schöffengericht zu Zörbig war der 21 Jahre alte, bisher unbestrafte Handlungsgehilfe Albert Herzog aus Radegast nebst zwei anderen Betheiligten wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung zu 2 Wochen Gefängniß verurtheilt worden, wogegen er allein Berufung eingelegt hatte, um, wie er erklärte, mit geringerer Strafe, vielleicht mit Geldstrafe wegzukommen. Er räumte sein Vergehen ein. In der Nacht zum 27. Mai d. J. — Pfingstmontag zum Dienstag — war er auf dem Heimwege vom Pfingstvergnügen mit zweien seiner Bekannten bei Löbejün mit unbedeutendem Anlaß mit dem Fleischermeister Wilhelm Rudolf aus Jeßnitz in Wortwechsel gerathen. Rudolf wurde beschimpft und mit Geschlägen geschlagen. Die dem Mißhandelten zugefügten Verletzungen waren unbedeutend gewesen und hatten seine Arbeitsunfähigkeit zur Folge gehabt. Mit Rücksicht auf des Angeklagten Jugend, Unbescholtenheit und anscheinende Reue wurde unter Aufhebung des erstinstanzlichen Urtheils auf 200 M. Geldstrafe oder 20 Tage Gefängniß erkannt. Der Angeklagte ist im Besitz eines namhaften Vermögens und sein Vater ein wohlhabender Viehhändler.

Wegen versuchten Betrugs war angeklagt der Fabrikwächter, frühere Tischler Karl Günther hier, auf Grund der Beschuldigung, im Mai 1900 durch Vorsiegelung einer falschen Thatsache versucht zu haben, von der Fleischereibersufsgenossenschaft in Lübeck Unfallrente zu erlangen. Der Angeklagte ist 47 Jahre alt, aus Schlesien gebürtig, bisher unbestraft. Zu Anfang des Jahres 1900 war er als Arbeiter im hiesigen Schlacht- und Viehhof beschäftigt worden und hatte, wie er noch jetzt behauptete, am 7. Februar einen Unfall erlitten, indem er beim Wasserzutragen beim Reinigen der Kühlzellen auf einer Treppe mit seinen Holzpantoffeln ausgeglitten und zur Treppe hinuntergefiel; er habe sich dabei die rechte Schulter gequetscht und am 8. Februar vor Schmerzen nicht arbeiten können. Diese Angaben sollten nach Behauptung der Anklage auf Unwahrheit beruhen. Der Angeklagte war am 8. Februar vor. Jahres zum Arzt Dr. Rocco gekommen und hatte unter der Angabe, er könne es infolge eines Unfalles vor Schmerzen im rechten Arme nicht aushalten, sich untersuchen lassen; er wurde verbunden und entlassen. Am 10. Februar kam er wieder und wurde dann an die Krankenkasse verwiesen. Die Krankenkasse hatte seine Aufnahme ins Elisabeth-Krankenhaus veranlaßt und 13 Wochen (bis zum 9. Mai) für ihn Krankengeld bezahlt. Dann war er betreffs seines Anspruchs auf Unfallrente an die Fleischereiberufsgenossenschaft in Lübeck verwiesen worden, hatte aber mit seinem Anspruch keinen Erfolg erzielt und war auch auf seine Berufung in zweiter Instanz abgewiesen worden. Vom Rechtsmittel der Revision beim Reichsgericht hatte Günther keinen Gebrauch gemacht. Einige Zeugen wußten nur, daß Günther nicht gleich nach geschehenem Unfalle, den niemand gesehen, etwas davon erzählt und sich auch nicht beklagt hatte. Dagegen bekundete Malermeister Hermann Winkler, der damals die Kühlzellen angestrichen, Günther habe beim Wassertragen in der Kühlzelle gelegt, er sei auf der Treppe hinuntergefallen und habe Schmerzen im rechten Arme. Das war dem Zeugen glaubhaft erschienen. Das vom Arzt Dr. Rocco abgegebene Gutachten darüber, ob der Angeklagte seine Schmerzen simulirt habe, lautete dahin: „Druckstellen waren da. Daß absolute Simulation seitens Günther's vorliege, kann nicht gesagt werden, sondern nur, daß er übertreibt. Möglich ist es, daß seine Schmerzen im Arme auf den erwähnten Fall zurückzuführen sind." Nach diesem Gutachten wurde auf Vernehmung des Arztes Dr. Albdhoff (Chefarzt im Elisabeth-Krankenhaus) verzichtet und der Angeklagte gemäß dem Antrag des Staatsanwalts des versuchten Betrugs nichtschuldig erachtet und freigesprochen mit der Begründung, das Belastungsmaterial sei nicht genügend, um zur Schuldigsprechung gelangen zu können, und nach dem Gutachten sei es als möglich anzusehen, daß der Angeklagte wirklich einen Unfall erlitten habe.

Provinzialnachrichten.

* Bitterfeld, 5. Sept. [Einbruch. — Jubiläum. — Kinderfest. — Missionsfest. — Lehrerkonferenz.] In einer der letzten Nächte wurde ein Einbruch in eine Oebisterbude in der Nähe des zum Rittergute Greppin gehörigen Vorwerkes Wachtendorf verübt, in der der Oebister mit seiner Frau schlief. Die letztere wurde durch ein Geräusch geweckt und bemerkte im Halbdunkel einen Kerl, der sich in der Nähe ihres Bettes zu schaffen machte. Auf ihr Geschrei erwachte der Mann und machte sich sofort an die Verfolgung des fliehenden Einbrechers, doch gelang es nicht, diesen zu erwischen. Verschiedene Gegenstände hat der Dieb mitgenommen. — Bei geordneter Stadtrath Hempe, der früher als Stadtsekretär hier thätig war, konnte am 1. September auf eine 25jährige Thätigkeit im kommunalen Dienste unserer Stadt zurückblicken. Dem Jubilar wurden viele Ehrungen zu theil. — Am Sonntag und Montag wurde im nahen Holzweißig unter Theilnahme von etwa 900 Schulkindern ein großes Kinderfest gefeiert. — Nächsten Sonntag findet im benachbarten Bauch ein Missionsfest statt, wobei auch Missionar Kadoch aus Transvaal sprechen wird. — Vorgestern wurde im „Rheinischen Hof" hierselbst die Herbstephoralkonferenz des hiesigen Schulaufsichtskreises abgehalten, wobei Rektor Centgraf über Elternabende sprach.

* Stumsdorf, 5. Sept. [Wassermangel.] In hiesiger Gegend wird in verschiedenen Ortschaften über den eintretenden großen Wassermangel Klage geführt. Infolge der anhaltenden trockenen Witterung sind die Dorfteiche, namentlich solche, die nicht eigene Quellen besitzen, zum größten Theil ausgetrocknet, und die kleinen Bäche sind fast vollständig wasserleer geworden. Eine der benachbarten endaltischen Zuckerfabriken soll sich sogar gezwungen sehen, das nöthige Wasser durch einen Kanal von der Wasserscheide der Fuhne bei Zebbitz herleiten zu lassen. Wie man hört, soll diese Kanalinie bereits festgestellt worden sein.

* Drößig, 5. Sept. [Feuersbrunst.] Heute vormittag 9½ Uhr brach in der Scheune des Gutsbesitzers Petzold in Hassel Feuer aus, das, begünstigt durch den heftigen Wind, sämmtliche Gebäulichkeiten in Asche legte. Durch energisches Eingreifen hilfsbereiter Leute konnte das Vieh, sowie ein Theil des Mobiliars gerettet werden. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt.

* Zeitz, 5. Sept. [Einquartierung.] Unsere Stadt hat heute Einquartierung in Stärke von fast 2000 Mann erhalten. Es ist das 93. Infanterie-Regiment, das heute vormittag in Extrazügen aus Delitzsch hier eintraf und, empfangen von Tausenden der Einwohnerschaft, mit klingendem Spiel bei uns einzog. Mit den Mannschaften ist natürlich auch der Stab an hohen Offizieren des Regiments eingetroffen. Ferner hat der Stab der 15. Infanterie-Brigade in unserer Stadt Quartier bezogen. Das militärische Bild ist nun vollständig. Neben Kavallerie und Artillerie haben wir nun auch Infanterie, die morgen noch um weitere 700 bis 800 Mann verstärkt wird. Die Begeisterung in unserer Stadt für das Militär kennt keine Grenzen.

s. Erfurt, 5. Sept. [Ein Riesenkranz,] wohl der größte Kranz, der jemals gebunden worden ist, wurde von Peterselm's Blumengärtnerei vor dem Bismarck-Thurm bei Erfurt niedergelegt, der am 1. September eingeweiht wurde. Der Kranz hatte einen Umfang von ca. 15 m. Er trug die Aufschrift: „Ein Gruß aus dem Sachsenwalde." Der Kranz enthielt Eichenlaub, welches Schloß Friedrichsruh Peterselm's Blumengärtnerei übersandt hatte. U. a. legte auch am Denkmal eine Kranzspende nieder das Corps „Hannovera" zu Göttingen. Auf der Kranzschleife, welche die Verbindungsfarben roth-blau-roth trug, waren die Worte verzeichnet: „Unserm größten alten Herrn."

* Torgau, 5. Sept. [Verhaftung.] Unter dem Verdachte, durch Fahrlässigkeit den am Montag-Abend im Friseur Schmuck'schen Laden stattgehabten Brand verursacht zu haben, wurde der bei dem Genannten in Stellung befindliche Gehilfe Spielmann, ein Deutschböhme, von der Staatsanwaltschaft verhaftet.

* Arnstadt, 4. Sept. [Ein bedauerlicher Unglücksfall] ereignete sich auf dem hiesigen Hauptbahnhof. Eine Frau K. aus Marktshausen war mit dem 9 Uhr-Zug hier angekommen und, als sie die steinerne Treppe der Unterführung herunter wollte, von Epilepsie befallen worden. Bei dem Falle zog sie sich einen Schädelbruch zu, so daß sie am Ende der Treppe bewußtlos liegen blieb. Nachdem Vorübergehende die Verunglückte nach dem Gepäckraum transportirt hatten, begab sich schleunigst einer derselben nach dem städtischen Krankenhause, um die Aufnahme der Frau zu veranlassen. Hier wurde jedoch mitgetheilt, daß die Aufnahme nicht ohne weiteres erfolgen könne, da erst festgestellt werden müsse, wer die Kurkosten bezahle und übrigens vorher ein ärztliches oder polizeiliches Attest beigebracht werden müsse. Erst gegen 11 Uhr konnte, nachdem die Formalitäten erledigt waren, die Frau nach dem Krankenhause überführt werden.

* Dessau, 5. Sept. [Zur Warnung.] Die üble Angewohnheit mancher Kinder, auf dem Treppengeländer abwärts zu rutschen, hat gestern nachmittag gegen 5 Uhr in der Ackerstraße hierselbst einen bedauernswerthen Unglücksfall herbeigeführt, indem der jährige Knabe Naumann, Sohn des Modellschlossers N., etwa von Stockwerthöhe auf den Asphaltboden des Hausflures hinabstürzte und so heftig aufschlug, daß er beide Ohren blutete, den einen Arm auch anschlagte und sich zudem im Gesicht nicht unerheblich verletzte.

* Hohsdorf, 5. Sept. [Feuersbrunst.] Heute morgen gerieth hier auf bis jetzt noch nicht aufgeklärte Weise ein Arbeiterhaus in Brand, welches vom Kutscher des Rittergutes und von polnischen Arbeiterinnen bewohnt war. Das Feuer griff mit Schnelligkeit um sich und äscherte das Gebäude vollständig ein.

* Braunschweig, 5. Sept. [Ueberfall auf einen Radfahrer.] Ein hiesiger Handlungsgehilfe fuhr am letzten Sonntag mit seinem Fahrrad von Thiede nach Rüningen, und zwar benutzte er den Fußweg. Unterwegs kamen ihm drei Männer entgegen, von denen einer ihm den Spazierstock zwischen die Speichen des Vorderrades steckte, so daß der Fahrer mit sammt seinem Rade in den Chausseegraben stürzte. Dann schlugen alle drei mit Stöcken auf den Gestürzten ein und zertrümmerten außerdem sein Rad vollständig. Der Radfahrer hat dabei besonders im Gesicht Verletzungen davongetragen. Um nun noch weitere Angriffe von sich abzuwehren, zog der Gemißhandelte mit einer kleinen Taschenpistole auf den einen der Angreifer, wobei diesem mehrere Schrotkörner in die linke Backe drangen. Hierauf gelang es dem Ueberfallenen, seinen Angreifern zu entkommen.

* Aus Sachsen und Thüringen. Die Schützengilde in Sandersleben feierte am Sonntage unter außerordentlich starker Betheiligung ihr 100jähriges Bestehen. — In Oppurg stürzte ein mit Fensterputzen im Schlosse beschäftigtes Mädchen so unglücklich auf die Straße, daß es schwere innere Verletzungen erlitt. — Das „Wiesenbaus" in Eisleben ist für 195,000 M. an einen Herrn Theurich aus Leipzig verkauft worden. — Eine Glasschleiferei und Holzschneiderei mit Wasserbetrieb wird nahe der Gehlberger Mühle eingerichtet. — In Ebeleben wurde am Mittwoch früh im Helbelleisschachte einem italienischen Arbeiter der rechte Arm abgefahren. — Am Dienstag ist der frühere Rechnungsführer der Sparkasse in Lerbach bei Osterode a. H., Polle, verhaftet und dem Osteroder Gerichtsgefängniß zugeführt worden. Polle, der schon im Juni d. J. seines Amtes enthoben worden ist, soll erhebliche Beträge unterschlagen haben. — In den Ortschaften Rohndorf und Trebitschau a. F. grassirt seit kurzem die Rothlaufseuche unter den Schweinen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010906020/fragment/page=0003

Geschäfts-Eröffnung.

Alex Michel

HALLE a. S.

Kleinschmieden 1 Kleinschmieden 1

Fernruf 598. Fernruf 598.

Elektrische Fahrstuhl-Benutzung.

Special-Haus

für

Herren- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maass.

Parterre:

Knaben-Confection.

I. Etage:

Herren-Bekleidung.

II. Etage:

Jünglings-Garderobe.

III. Etage:

Anzüge für alle Berufszweige.

IV. Etage:

Maass-Abtheilung. — Stoff-Lager.

Billige, aber streng feste Preise.

Der Verkaufspreis ist auf jedem Stück in Zahlen deutlich vermerkt. Uebervortheilung ausgeschlossen.

An die Inhaber von Pfandbriefen der Preussischen Hypotheken-Actien-Bank (sämmtlicher Serien).

Wir weisen nochmals darauf hin, dass der Beitritt zur Schutzvereinigung **nur noch bis zum 15. September d. J.** den Pfandbriefgläubigern offen steht. Der Beitritt erfolgt **kostenfrei.**

Eine Verlängerung des am 15. September ablaufenden Endtermins für den Beitritt zur Schutzvereinigung ist unter allen Umständen ausgeschlossen.

Berlin, den 4 September 1901.

Vereinigung zum Schutze der Inhaber von Pfandbriefen der Preussischen Hypotheken-Actien-Bank.

---

205. Königl. Preussische Lotterie

Zur III. Klasse, Ziehung 14.—16. Sept.,

haben wir

Kauf-Loose abzugeben.

Die Königlichen Lotterie-Einnehmer

Burchardt. Frenkel. Herrmann. Lehmann.

Tanz-Unterricht.

Freitag den 6. September Abends 8 Uhr beginne in meinem **Tanz-Institut „Goldener Hirsch", Leipziger Str. 63,** den ersten **Winter-Cursus** für Rund- und Gesellschaftstänze. Gleichzeitig empfehle mich den verehrten Vereinen und Gesellschaften zum Einstudiren größerer Tanzaufführungen und Arrangiren von Festen aller Art. Anmeldungen nehme jederzeit entgegen.

Hugo Traxdorf,

Lehrer der Tanzkunst, Mitglied des Bundes deutscher Tanzlehrer.

Rechtsschutz für Frauen.

Unentgeltlicher Rath in Rechtssachen

wird ertheilt jeden Donnerstag Nachmittag ½6 bis ½8 Uhr An der Universität 6, part. Daselbst sind Ehekontraktformulare zu haben.

Hallescher Frauen-Verein für Frauenerwerb und Frauenbildung, Abtheilung für Rechtsschutz.

Glasschleiferei

Facetten, polirte oder nur geraubte **Kanten,** ferner geblasene **Ueberfangscheiben** fertigen billigst an **Reichert & Bohne, Wuchererstraße 37.**

Metallwaarenfabrik vorm. Fr. Zickerick, Wolfenbüttel.

Kupfer- und Kesselschmiede, Metall- und Eisengießerei, Armaturenfabrik. Verzinnungs- u. Verzinkungsanstalt auf elektrolyt. Wege. D. R. P.

Anfertigung und Lieferung von Dampfkesseln, Apparaten u. Geräthen für Zuckerfabriken, Brauereien, Brennereien und Chemische Fabriken.

Vacuum-Apparate, Verdampf- und Wärme-Apparate, Vorwärmer, Condensatoren, Filtrationen, Ventile, Hähne, Condensröhre, Röhren u. Rohrleitungen aller Art, Montagen.

Tel.-Adr.: Ingenieur Goebel, Leipzig.

Grand prix 1900.

Jaques Piedboeuf, Aachen u. Düsseldorf

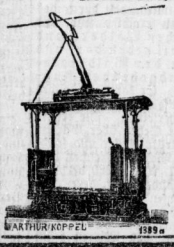
Ingenieur-Bureau Leipzig Pl. Fernspr. 5888. * Fünfzug-Einmauerung D. R. G.

Maschinell gefianschte Flammrohre.

Arthur Koppel's

Fabrik für elektr. Anlagen u. Locomotiven

Berlin C. 2. Bochum,



Electrische Feld-, Industrie- und Grubenbahnen

nach eigenem vortheilhaften System

Für grössere tägliche Transporte:

billigste Transport-Methode.

Kostenanschläge, Betriebs- u. Rentabilitätsberechnungen gratis und franco.

40 Anlagen im Betriebe.

Günstiges Wein-Angebot.

Wir haben im vorigen Herbst in Nierstein aus dem Weingut des Herrn Heinr. Schlamp, Nierstein, **zwei Original-Niersteiner Crescenzen** gesteigert und geben dieselben zu nachfolgenden billigen Preisen ab:

1899er Niersteiner Paterweg Fl. 1.—

bei 12 Fl. à 95, bei 30 Fl. à 90, bei 100 Fl. à 85 ₰

1899er Niersteiner Rehbach Fl. 2,—

bei 12 Fl. à 1.90, bei 30 Fl. à 1.85, bei 100 Fl. à 1.80 Mk.

Für Originalität der Weine jede Gewähr!

Pottel & Broskowki.

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel. Mit 2 Beiblättern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010906020/fragment/page=0004